

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/95

19. Mai 1976

Ein Aktivposten: Wohnungs- und baupolitische Bilanz

Lebendiger sozialer Wohnungsbau - erfolgreiche Eigentumsförderung

Von Karl Ravens MdB

Bundeminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 1 bis 3 / 101 Zeilen

Ein Ansporn für Europa

Die nordischen Länder praktizieren vorbildliche Zusammenarbeit

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Bundestages und Vizepräsident des Rates der Gemeinden Europas, Deutsche Sektion

Seite 4 und 5 / 48 Zeilen

Die Geschichte hat ihr Wort noch nicht gesprochen

Die Realität beweist, wie offen die deutsche Frage ist

Seite 6 / 43 Zeilen

Frivol und im Grunde schon unanständig

Zum Programm der bayerischen Staatsregierung gegen Jugendarbeitslosigkeit

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagewissenschaftlichen Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Seite 7 und 8 / 61 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Bokert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressohaue 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 08 68 648-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376811

19. Mai 1976

Ein Aktivposten: Wohnungs- und baupolitische Bilanz

Lebendiger sozialer Wohnungsbau - erfolgreiche Eigentumsförderung

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die Beratungen über den Haushalt im Bundestag waren auch in diesem Jahr traditionsgemäß Anlaß für die Regierung, eine Bilanz ihrer Arbeit zu ziehen. Für die Opposition war es Gelegenheit, ihre Kritik an der Regierungspolitik deutlich zu machen. Die Diskussion über die Grundlagen unserer politischen Arbeit, über die gesamtwirtschaftliche und die außenpolitische Situation drängten die Themen der einzelnen Fachbereiche der Regierungspolitik sehr stark in den Hintergrund. So erging es auch dem Thema Wohnungsbau.

Wer die Leistungen der Bundesregierung auf diesem Feld messen will, der muß sich noch einmal die Ausgangssituation zu Beginn dieser Legislaturperiode vor Augen halten. Der soziale Wohnungsbau - so hieß es allenthalben - sei tot, für die Bauwirtschaft wurden katastrophale Einbrüche vorhergesagt. Nichts von dem ist eingetreten. Der soziale Wohnungsbau hat sich im Gegenteil als sehr lebendig erwiesen. Dies ist ganz wesentlich den erheblichen finanziellen Anstrengungen der Bundesregierung auf diesem Gebiet zu verdanken. So standen im ersten Förderungsweg Bewilligungsrahmen von rund 2,7 Milliarden Mark, im zweiten Förderungsweg von 8,3 Milliarden zur Verfügung. Damit konnte ein Bewilligungsergebnis von immerhin rund 550.000 Sozialwohnungen erzielt werden. Die Zahl der Fertigstellungen im sozialen Wohnungsbau lag bei fast 600.000. Das vorhergesagte Ende des sozialen Wohnungsbaus ist also ausgeblieben. Trotz haushaltmäßiger Begrenzungen ist es gelungen, insbesondere in den Jahren 74 und 75 zufriedenstellende Förderungsergebnisse zu erzielen.

Gerade die Ergebnisse dieser beiden Jahre zeigen, daß auch der soziale Wohnungsbau ein Element zur Verstärkung des Baugeschehens sein kann. Der soziale Wohnungsbau hat in diesen Jahren mit dazu beigetragen, einem übermäßigen Kapazitätsabbau in der Bauwirtschaft entgegenzuwirken.

Das Schwergewicht lag im sozialen Wohnungsbau einmal im Bereich der

Intensivförderung für nach wie vor besonders benachteiligte Personengruppen, also für kinderreiche Familien, alte Menschen, junge Ehepaare und ausländische Arbeitnehmer. Besonderen Vorrang hatte daneben die Eigentumsförderung. Ein Blick auf das Wohnungsbaugeschehen zeigt, was die Bundesregierung auf dem Feld der Eigentumsbildung im Wohnungsbau getan hat. Seit 1972 sind mit direkten oder indirekten Hilfen der öffentlichen Hand insgesamt fast eine Million neuer Eigenheime oder Eigentumswohnungen entstanden. Ein vergleichbares Ergebnis kann keine Legislaturperiode zuvor aufweisen. Die Quote der Eigentumsmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau liegt heute bei über 40 Prozent. Unter früheren Regierungen war sie kaum je über die 30-Prozent-Marke gestiegen.

Diese günstige Entwicklung hat ihre Ursachen vor allem in der massiven öffentlichen Förderung, die die Vermögenbildung im Wohnungsbau in dieser Legislaturperiode erfahren hat. Milliardenbeträge für Wohnungsprämien und steuerliche Abschreibungen belegen dies. Steuermindereinnahmen von fast vier Milliarden Mark und Wohnungsbauprämien von rund sechs Milliarden Mark sind wohl ein deutlicher Beweis, mit welcher hoher Priorität die Eigentumsbildung in diesem Bereich von der Bundesregierung gefördert worden ist. Hinzuzurechnen ist hierzu schließlich noch das Wohngeld, das auch für Eigenheimer in Form des Lastenzuschusses zum Tragen kommt. Rund drei Milliarden Mark mußten an Bundesmitteln für Wohngeld aufgewendet werden. Heute sind es 1,6 Millionen Haushalte, die Wohngeld erhalten. Der durchschnittliche Wohngeldanspruch liegt bei 70 Mark pro Monat.

Zu einem tragenden Bestandteil unserer Wohnungspolitik haben wir die Förderung der Altbauern modernisierung ausgebaut. Der gezielte Einsatz von Mitteln aus öffentlichen Haushalten hat vor allem dort eine Verbesserung der Wohnverhältnisse bewirkt, wo Eigentümer und Mieter finanziell allein nicht in der Lage gewesen wären, die Kosten der Modernisierung voll zu tragen. In den Jahren 1974 und 1975 haben Bund und Länder rund 1,5 Milliarden Mark für die Modernisierungsförderung zur Verfügung gestellt. In diesem Jahr sind es wiederum über 300 Millionen. Das sind rund 450.000 modernisierte Wohnungen; das sind rund 450.000 Familien, die in preisgünstigen Altbauwohnungen auf einen den Ansprüchen unserer Zeit entsprechenden Komfort

nicht länger verzichten müssen.

Auf die gesetzgeberischen Aktivitäten im Bereich des Wohnungsbaus in dieser Legislaturperiode sei hier nur stichwortartig verwiesen: Da wäre zu nennen, die Anhebung der Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau zum 1. Januar 1974, die Verbesserungen der Wohngeldleistungen zum selben Zeitpunkt, die Sicherung älterer Sozialwohnungen für einkommensschwächere Bevölkerungskreise, die Ausweitung des Benennungsrechts für die Zuweisung von Sozialwohnungen, das Gesetz zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau und sicher nicht zuletzt die Mieterschutzgesetzgebung. In der parlamentarischen Behandlung befindet sich noch das Gesetz zur Förderung der Modernisierung von Wohnungen, das noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten kann. Eine Verbesserung des Wohngeldgesetzes ist in Vorbereitung.

Ganz besonderer Anstrengungen und besonderer Aufmerksamkeit bedurfte in dieser Legislaturperiode die Entwicklung in der Bauwirtschaft. Von der Katastrophenstimmung, die diesen Wirtschaftszweig noch vor kurzem beherrschte, ist heute nichts mehr zu spüren. Es deutet alles darauf hin, daß sich im Verlauf dieses Jahres die Lage in der Bauwirtschaft weiter festigt, so daß wir auch in diesem Zweig wieder mit Wachstumsraten rechnen können. Zu diesen günstigen Aussichten haben die Stützungsprogramme der Bundesregierung ganz entscheidend beigetragen. Die in der Zeit vom Dezember 1973 bis zum August 1975 vom Bundeskabinett beschlossenen Hilfen zur Stärkung der Wirtschaftstätigkeit, insbesondere im Bereich der Bauwirtschaft, haben die angestrebte Wirkung gezeigt und wesentlich zur Verhinderung eines weiteren Rückgangs der Beschäftigung beigetragen.

Die Bundesregierung hat mit diesen Maßnahmen einen konjunkturpolitischen Weg eingeschlagen, der sich in seiner regionalen und sektorealen Abstufung als äußerst wirkungsvoll erwiesen hat. Die Belebung der Baunachfrage in allen Sparten, dies hebt auch die Bundesbank in ihrem Jahresbericht 1975 hervor, ist neben den zunehmend günstiger gewordenen Finanzierungsbedingungen vor allem den Aktivitäten der Bundesregierung auf diesem Feld zu verdanken. Die Förderungsmaßnahmen werden noch auf die Produktion des ganzen Jahres 1976 positiven Einfluß haben. Bei größeren Maßnahmen werden sich die auf die Produktion ausgehenden Effekte bis in das Jahr 1977 hineinziehen.

In der öffentlichen Diskussion sind diese Leistungen der Bundesregierung im Bereich von Wohnungsbau und Bauwirtschaft ohne Zweifel negativ überlagert worden von den auch für die Bundesrepublik schwierigen Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Probleme. Diese Nebel beginnen sich inzwischen zu lichten und machen den Blick frei für eine Leistungsbilanz, die sich ohne Zweifel sehen lassen kann.

(~/19.5.1976/mlz/pr)

+ + +

Ein Ansporn für Europa

Die nordischen Länder praktizieren vorbildliche Zusammenarbeit

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Bundestages und Vizepräsident
des Rates der Gemeinden Europas, Deutsche Sektion

Wir machen uns ernste Sorgen darüber, daß es mit der europäischen Einigung nicht so recht vorwärts geht. Im Augenblick erleben wir am Beispiel der Frage der Direktwahl zum Europäischen Parlament im Jahre 1976, wieviele Schwierigkeiten zu überwinden sind, wenn ein gemeinsames Konzept erarbeitet werden muß.

Unerwarteter ist es auf diesem Hintergrund, in welchem Umfange und in welcher Harmonie die nordischen Länder ihre Zusammenarbeit gesteuert haben. Das ist ein Verdienst des Nordischen Rates, einem Initiativ- und Beratungsgremium für die Nordische Zusammenarbeit, der bereits 1952 gegründet, aber erst im Jahre 1962 durch den Vertrag von Helsinki auf eine in völkerrechtlicher Form konzipierte Basis gestellt wurde. In diesem Vertrag sind die Grundsätze und Ziele der nordischen Kooperation genannt und für die einzelnen Gebiete -Kultur, Rechtswesen, Fragen der Arbeit und der sozialen Sicherheit, Wirtschaft, Transport- und Fernmeldewesen etc. - gesonderte Bestimmungen enthalten.

Um eine noch stärkere Zusammenarbeit zu erreichen, wurde der Vertrag im Jahre 1971 revidiert und neue Bestimmungen über Funktionen und Zusammenarbeit des Nordischen Rates wurden hinzugezogen.

Aus der Sicht der Städte und Gemeinden sind zwei Ergebnisse der Arbeit des Ministerrates, der 1971 eingerichtet wurde und der die die Zusammenarbeit der nordischen Länder betreffenden Angelegenheiten durch Beschlußfassung regelt, von exemplarischer Bedeutung:

1/ Im Oktober 1975 wurde ein Abkommen über das aktive und passive Wahlrecht nordischer Staatsbürger bei Gemeindewahlen abgeschlossen. Dieses

Abkommen gelangt bereits bei den nächsten Wahlen zur Anwendung.

Ein ganz wichtiger Aspekt der Politik eines jeden nordischen Landes ist die Regionalpolitik. Gerade die Verhältnisse in Grenzgebieten, die besondere oder ähnliche Bedingungen in vielen Gegenden der nordischen Länder aufweisen, haben zu Vorhaben geführt, die nur grenzübergreifend optimal gelöst werden können. Deshalb wurde dem Ministerrat der Entwurf eines Übereinkommens zwischen Gemeinden und Grenzregionen vorgelegt, der voraussichtlich auf der nächsten Tagung des Nordischen Rates erörtert werden wird; es geht dabei um das Recht der Gemeinden, über die Grenzen hinweg direkt zusammenzuarbeiten.

Zur Regionalpolitik werden in Testvorhaben die Möglichkeiten zu praktischer Zusammenarbeit erarbeitet. Bestimmte Orte in dünn besiedelten Gegenden werden dabei bevorzugt; insbesondere gilt die Aufmerksamkeit eines Sonderkomitees, das sich aus Vertretern der Lokalbehörden und der Regierungen zusammensetzt, den nördlichen Gegenden Finnlands, Norwegens und Schwedens, Fremdenverkehr und Problemen des Arbeitsmarktes werden dabei besondere Beachtung. Diese praktischen Vorarbeiten werden durch regionalpolitische Forschungsvorhaben abgestützt, die die Methoden und die Planung der Regionalpolitik sowie der Regionalentwicklung studieren.

Diese beiden Aspekte als Beispiel aus der breiten Palette nordischer Zusammenarbeit muß jeden, der sich um den Zusammenschluß Europas müht, gleichermaßen mit Freude und mit Neid erfüllen. Richtig ist es m. E. aber, dieses Beispiel als Ansporn für eine beharrliche Weiterarbeit auf Europa hin zu sehen.

(-/19.5.1976/ve/pr)

+ + +

Die Geschichte hat ihr Wort noch nicht gesprochen

Die Realität beweist, wie offen die deutsche Frage ist

Wissenschaftler, so Historiker, Politologen, Soziologen, die sich mit der Frage befassen, ob es denn in der Bundesrepublik und in der DDR noch ein gemeinsames, übergreifendes deutsches Nationalbewußtsein gebe, machen es sich mit dieser Problematik nicht leicht. Sie fördern schon beim Versuch, Nation- und namentlich deutsche - nach den heute vorherrschenden Auffassungen zu definieren, immer neue Berge von Schwierigkeiten zutage. Ob sie nun aber beim Nationalbewußtsein mehr den Akzent auf das "organisch Gewachsene" setzen oder den Aspekt des politisch-instrumentalen Gebrauches dieses Phänomens in den Vordergrund stellen, soweit es die deutsche Frage angeht, herrscht zumindest in einem Punkt Übereinstimmung: Ein Beweis dafür, daß es diese deutsche Frage noch gibt, sind die stndigen forcierten Bemühungen der DDR-Führung, ihren Staat von der Bundesrepublik abzugrenzen.

Eine Bestätigung der Richtigkeit dieser These lieferte jetzt wieder, in vollkommenem Gegensatz zu seinen Intentionen, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker. Mit seiner aggressiven Erklärung vor dem Parteitag der SED, die DDR werde weiterhin alle Versuche zurückweisen, "die auf der ebenso überlebten wie aussichtslosen These" eines Offenhaltens der deutschen Frage beharren, widerlegt er selbst seine Behauptung: "Da ist nichts mehr offen. Die Geschichte hat längst ihr Wort gesprochen."

Hätte die "Geschichte" tatsächlich zur Teilung Deutschlands in zwei Staaten bereits ihr abschliesendes Wort gesprochen, so würde das Thema allerorten mit emotionaler wie politischer Gelassenheit behandelt werden, es würde allenfalls noch in akademischen Gremien Temperamente beflügeln.

Das Bewußtsein, zu einer gemeinsamen Nation zu gehören, ist nicht durch obrigkeitliche Order zu wecken, wenn dieses Gefühl freilich auch zu vielem gebraucht und mißbraucht werden kann. Das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl, der Wille, unter gemeinsamen Bedingungen zu leben, ist auch nicht auf administrativem Wege abzuschaffen.

Augenflligster Ausdruck dafür, daß die deutsche Frage offen ist, ist das Faktum der waffenstarrend-verriegelten deutsch-deutschen Grenze. Das Schluswort zur deutschen Frage können nur die Deutschen selbst sprechen. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, hat es zu Recht als "grundlegende Absicht unserer Deutschlandpolitik" bezeichnet, die "deutsche Frage offenzuhalten". Zur freien Selbstbestimmung gibt es keine akzeptable Alternative. Konstruktionen, wie sie der SED-Vorsitzende präsentierte, das Volk der DDR habe sein Recht auf sozial-ökonomische, staatliche und nationale Selbstbestimmung verwirklicht, sind makaber und grotesk.

Claus Preller
(-/19.5.1976/hgy/pr)

+ + +

Frivol und im Grunde schon unanständig

Zum Programm der bayerischen Staatsregierung gegen Jugendarbeitslosigkeit

Von Egon Lutz MdA

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

240 Millionen DM hat das größte Land der Bundesrepublik, Nordrhein-Westfalen, in diesem Jahr zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereitgestellt. 20 Millionen DM will das zweitgrößte Bundesland, der Freistaat Bayern, 1976 für den gleichen Zweck locker machen. Das nordrhein-westfälische Programm eröffnet vielen tausend Jugendlichen eine neue Chance, das bayerische "Programm" dagegen scheint wohl mehr geeignet, Bitterkeit und Enttäuschung auszulösen.

Mit Recht hat der Bayerische Gewerkschaftsbund darauf hingewiesen, daß das Programm zu spät komme, unzulänglich sei und in den meisten Bereichen nicht überzeuge. Die Staatsregierung kann froh sein, daß der DGB seine Kritik in höfliche Worte kleidete. Ein absoluter Verriß wäre mehr als angebracht gewesen. Greifen wir willkürlich aus diesem "Programm" nur einen Posten heraus: Mit einer Millionen Mark soll der Ausbau überbetrieblicher Ausbildungseinrichtungen gefördert werden. Ein, zwei, höchstens drei Projekte im ganzen Land, und schon ist die Million weg. Das ist kein Tropfen auf einen heißen Stein, das ist ein kühler Luftzug über denselben. Augenwischerei und Täuschung der Öffentlichkeit.

Sechs Millionen will die Staatsregierung ausgeben, um in den kommenden Jahren jeweils 3000 Jugendlichen mehr die Teilnahme an einem Berufsgrundschuljahr zu ermöglichen. Der verbleibende Übergroße Rest hat Pech gehabt. Mit Recht hat die SPD-Landtagsfraktion in einem Dringlichkeitsantrag die obligatorische Einführung des Berufsgrundschuljahres gefordert und die Bedingung daran geknüpft, daß den Schülern in diesem Jahr die Möglichkeit gegeben werden soll, den nicht erreichten qualifizierten Hauptschulabschluss nachzuholen. Das ist eine dringende bildungspolitische Notwendigkeit, wenn man sich vergegenwärtigt, daß mittlerweile über 20 Prozent die traditionelle Schule ohne einen qualifizierten Abschluß verlassen und damit von vornherein dazu verdammt sind, auf eine Berufsausbildung zu verzichten und um einen der rar gewordenen Hilfsarbeiter-Arbeitsplätze zu kämpfen.

Allerdings: Mit sechs Millionen DM wäre diese Forderung der SPD-Land-

19. Mai 1976

tagsfraktion nicht zu befriedigen. Da muß man schon im Haushalt des Freistaates größere Umachichtungen vornehmen und andere Prioritäten setzen. Die CSU-Regierung dankt nicht im Traum daran, daß zu tun. Mit einem Taschenspielertrick will sie ihr Machwerk zum "Programm" hochstilisieren. Das Geld, das die Bayern nicht bereitstellen wollen, möchten sie gern dem Bund aus der Tasche ziehen. Im Bundesrat will die CSU-Regierung steuerliche Erleichterungen für solche Betriebe fordern, die zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Betriebe, die zusätzliche Lehrplätze für Sonderschüler anbieten, sollen 5000 Mark pro Platz und Ausbildungsjahr erhalten.

Die Nordrhein-Westfalen verfügten nicht über anderer Leute Kassen, sondern stellten selbst zusätzliche Finanzhilfen für jene Betriebe zur Verfügung, die Sonderschüler ausbilden. Nach dem Grundsatz: Wer helfen will, muß das selbst tun, muß es schnell tun, und muß es wirklich machen wollen. Mit der Jugendarbeitslosigkeit mochten die Nordrhein-Westfalen kein Katz- und Maus-Spiel auf Kosten der betroffenen Jugendlichen betreiben. Die bayerische CSU-Regierung hatte da weniger Bedenken.

Der Vorschlag, mehr Ausbildungsplätze über steuerliche Anreize zu schaffen, ist ebenso alt wie tüchtig. Bayerns DGB-Chef Willi Rothe hat dazu das Nötige gesagt. Natürlich liegt es im Interesse der Wirtschaft selbst, fachlich qualifizierten Nachwuchs heranzubilden. Für diese Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit den Steuerzahler zur Kasse zu bitten, ist frivol und im Grunde schon unanständig. Zudem wäre das der erste Schritt zur staatlichen Vollaubventionierung. Die CSU-Regierung weiß das - also muß man davon ausgehen, daß sie dies auch will.

Deprimierend, schändlich und gewissenlos muß schließlich der Versuch der Staatsregierung wirken, mit einem Pseudoprogramm freistaatliche Aktivitäten vorzutäuschen, gleichzeitig aber dem Bund die wirksamste Waffe gegen Jugendarbeitslosigkeit, die Reform der beruflichen Bildung, zu verweigern. In Bayern gehen die Uhren nicht anders. In Bayern manipuliert die Staatsregierung die Zeiger und die Zifferblätter. Man muß ihr bei solchem Treiben kräftig auf die Finger klopfen.

(-/19.5.1976/ve/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller